

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses der Stadt
Lüdenscheid**

am 08.06.2015

im Ratssaal

Anwesend:**Vorsitz des Hauptausschusses:**

Bürgermeister Dieter Dzewas

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Rolf Breucker
Ratsherr Gordan Dudas MdL
Ratsherr Jan Eggermann
Ratsherr Lothar Hellwig
Ratsfrau Karin Hertes
Ratsfrau Verena Szermerski-Kasperek
Ratsherr Jens Voß

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Norbert Adam
Ratsherr Oliver Fröhling

Ratsherr Rüdiger König
Ratsfrau Susanne Mewes
Ratsfrau Ursula Meyer
Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Björn Weiß

anwesend ab Tagesordnungs-
punkt 3 der öffentlichen Sitzung

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Jürgen Appelt
Ratsherr Otto Bodenheimer

von der FDP-Fraktion:

Ratsherr Jens Holzrichter

von der Fraktion DIE LINKE.

Ratsherr Michael Thomas-Lienkämper

von der Fraktion Alternative für Lüdenscheid:

Ratsherr Peter Oettinghaus

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Ratsherr Stephan Haase

Verwaltung:

Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer
Dr. Karl Heinz Blasweiler
Beigeordneter Thomas Ruschin
Herr Martin Bärwolf
Frau Petra Noack

Schriftführung:

Frau Kerstin Marré

Abwesend:

von der SPD-Fraktion:

Ratsfrau Ramona Ullrich

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:18 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen aus der Bürgerschaft vor.

2. Entgelt für die Mittagmahlzeiten in städtischen Kindertageseinrichtungen Vorlage: 074/2015

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig folgenden

Beschluss:

Das Entgelt für das Mittagessen in städtischen Kindertageseinrichtungen für das Kindergartenjahr 2015/16 wird auf 3,41 € pro Portion festgesetzt; dies entspricht einem Monatsbetrag von 65,08 €. Der bisher gültige Monatsbetrag in Höhe von 65,06 € soll jedoch weiterhin Bestand haben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 18

3. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP; Erstattung der Elternbeiträge für die Dauer des Streiks

Ratsherr Voß erläutert den Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP.

Ratsfrau Mewes erklärt, dass die CDU-Fraktion den Eltern ebenfalls gerne die Beiträge für die Dauer des Streiks zurück erstatten wolle. Es stelle sich aber die Frage, ob eine Rückerstattung bei freiwilligen Leistungen aus rechtlicher Sicht überhaupt möglich sei. Des Weiteren sollten zunächst der Verwaltungsaufwand und die -kosten für die Berechnungen und Auszahlungen ermittelt werden.

Bürgermeister Dzewas teilt mit, dass, auch bei einer heutigen Zustimmung des Antrags, zunächst eine rechtliche Prüfung durch die Kommunalaufsicht erfolgen müsse. Problematisch sei, wie auch bereits von Herrn Beigeordneten Ruschin in der Sitzung des Rates am 18.05.2015 vorgetragen, dass die gültige Satzung Erstattungen nicht vorsehe.

Ratsherr Holzrichter führt aus, dass den Eltern aus Gründen der Gerechtigkeit die Beiträge für nicht erbrachte Leistungen nach Möglichkeit erstattet werden sollten. Eine juristische Prüfung müsse selbstverständlich im Vorfeld erfolgen.

Ratsherr Oettinghaus berichtet, dass es unterschiedliche Verfahren in anderen Städten gebe. So habe die Bezirksregierung den Städten Duisburg und Wuppertal, die sich beide ebenfalls im Haushaltssicherungskonzept befänden, freigestellt, ob diese die Beiträge an die Eltern zurückerstatten würden. Die Stadt Hagen würde aufgrund ihrer Satzung keine Beiträge zurückzahlen.

Er wolle von der Verwaltung wissen, wie hoch die eingesparten Personalkosten der Stadt Lüdenscheid aufgrund des Streiks seien. Des Weiteren würde ihn interessieren, wie hoch die Beitragserstattung an die Eltern sei, wie viele Kinder betroffen seien und ob sich der Aufwand einer Rückerstattung bei der vorhandenen Staffelung überhaupt lohnen würde. Abschließend weist er darauf hin, dass der Bund der Steuerzahler vorgeschlagen habe, ab dem sechsten Tag des Streiks einen pauschalierten Betrag an die Eltern zurückzuzahlen.

Bürgermeister Dzewas teilt hierzu mit, dass eine explizite Beantwortung der soeben gestellten Fragen aufgrund des hohen Verwaltungsaufwandes zunächst zurückgestellt werden müsste. Zunächst sollte die Frage geklärt werden, ob eine Rückerstattung aus rechtlicher Sicht überhaupt möglich sei.

Ratsfrau Meyer schlägt aufgrund des hohen Verwaltungsaufwandes vor, den Antrag dahingehend zu ergänzen, dass eine pauschale Erstattung erfolgen könnte.

Bürgermeister Dzewas schlägt als Formulierung folgende Ergänzung des Antrags vor:

Zur Verringerung des bürokratischen Aufwands sollte eine Pauschalierung bei den Erstattungen angestrebt werden.

Ratsherr Thomas-Lienkämper erklärt, dass die Fraktion DIE LINKE dem Antrag zustimmen werde. Des Weiteren schlägt er eine Modifizierung der Satzung dahingehend vor, dass für zukünftige Fälle eine Rückerstattung bei Streiks vorgesehen würde.

Ratsherr Voß schließt sich dem Vorschlag von Ratsfrau Meyer hinsichtlich der Ergänzung des Antrags an. Sollte die Kommunalaufsicht der Beitragserstattung nicht zustimmen, müsste die Satzung für die Zukunft entsprechend geändert werden.

Ratsherr Fröhling spricht sich ebenfalls für eine Änderung der Satzung und der vertraglichen Regelungen aus.

Abschließend lässt Bürgermeister Dzewas über den ergänzten Antrag abstimmen.

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, nach Beendigung des aktuellen Streiks der Erzieherinnen und Erzieher in den städtischen Kindertageseinrichtungen den Eltern die Elternbeiträge für die Tage, in denen die Kinder die Kindertageseinrichtungen aufgrund des Streiks nicht besuchen konnten, zu erstatten. Zur Verringerung des bürokratischen Aufwands sollte eine Pauschalierung bei den Erstattungen angestrebt werden.

Die Finanzierung erfolgt aus dem durch die Bestreikung der städtischen Kindertagesstätten eingesparten Personalaufwand. Darüber hinausgehende Einsparungen sollen der weiteren Haushaltskonsolidierung zum Ausgleich der bestehenden Unterfinanzierung im Kita-Bereich dienen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 19

**4. Eintrittspreise für Eigenveranstaltungen des Kulturhauses
hier: Erhöhung ab der Spielzeit 2015/2016 für Veranstaltungen im Bistro K
und Kleinkunsttage
Vorlage: 063/2015**

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die vorgeschlagene Erhöhung der Eintrittspreise für die Veranstaltungen im Bistro *K* und für die Kleinkunsttage werden ab der Spielzeit 2015/2016 beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 19

**5. Achte Satzung zur Änderung der Satzung für die Übergangsheime vom
18.02.2005 in der Fassung der siebten Änderung vom 11.12.2013
Vorlage: 035/2015**

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid empfiehlt einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Achte Satzung zur Änderung der Satzung für die Übergangsheime der Stadt Lüdenscheid wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 19

6. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

6.1. Bekanntgaben

Es liegen keine Bekanntgaben vor.

6.2. Beantwortung von Anfragen

6.2.1. Bauarbeiten an der Thünentreppe

Die Beantwortung der Anfrage des Rats Herrn Bodenheimer in der öffentlichen Sitzung des Rates am 18.05.2015 ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

6.3. Anfragen

Es liegen keine schriftlichen Anfragen vor.

gez. Dieter Dzewas

Vorsitzender

gez. Kerstin Marré

Schriftführerin